

TAGUNG „WOHNEN MACHT ARM“

Sozialer Wohnbau notwendig wie nie

Mehr Qualität zu günstigen Mieten sollen Gemeindewohnungen haben. Und sie sind nicht wegzudenken in unserer Zeit, in der immer mehr Menschen von Wohnungsnot betroffen sind.

Dikiert bald nur noch der teure freie Markt viel zu hohe Mieten? Der KPÖ-Bildungsverein lud zur Tagung „Gegenwart und Zukunft des sozialen Wohnbaus“. Das Ergebnis stimmt nachdenklich, denn der teure, freie Markt nimmt in Österreich langsam überhand. Für Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist klar: „Wohnen darf nicht arm machen.“ Sie setzt weiter voll auf den sozialen Wohnbau.

Der hat allerdings europaweit einen schweren Stand, so Harald Stöger, Sozialforscher an der Johannes-Kepler-Uni in Linz. Schon in den 1980er-Jahren wurden die Gemeindewohnungen in England an Private verkauft, jetzt gehe es damit „sogar in den Wohl-

fahrtsstaaten im Norden weiter“. Der Trend: Während man in den 1950ern noch auf einen sozialen Wohnbau mit niedrigen Mieten für die Mehrheit der Bevölkerung setzte, gehe es nun um das Auflösen sozialer Wohnbestände.

Österreich habe auf diesen Trend bisher weitgehend verzichtet und halte an der Wohnbauförderung fest. Die macht bei uns beinahe drei Milliarden Euro pro Jahr aus, weiß die Volkswirtschaftlerin Elisabeth Springler von der Wirtschaftsuniversität Wien. Das Geld wird als Objektförderung – zum Bau neuer Wohnungen – und als Subjektförderung – sie kommt Einzelpersonen zu Gute – verwendet. Letztere sei zwar sozial treffsicherer,

weil man damit genau die Bedürftigen versorgen könne. Dauerhaft niedrige Mieten lassen sich aber nur mit dem Wohnbau samt Objektförderung machen, so Springler.

Beim Wohnbau selbst müsse man auf Qualität achten, meint die Architektin Gabu Heindl. Zu oft seien neue Gemeindebauten eine Kopie von Häusern aus den 1920er-Jahren. „Es gibt Konzepte, mit denen sich großer Wohnraum günstig schaffen lässt“, weiß die Architektin, „man muss darauf achten, dass die Mieten niedrig bleiben.“

Am sozialen Wohnbau führt kein Weg vorbei

Folgt Österreich der europäischen Entwicklung, dann ist mit niedrigen Mieten freilich bald Schluss. Die Zeichen stehen auf Sturm, hat doch etwa die Stadt Köflach den Verkauf von 300 Gemeinde-

wohnungen abgesegnet. Auch in Weiz wurden die Gemeindewohnungen verkauft. Die Folgen: Immer mehr können sich die Mieten nicht leisten, einkommensschwache Familien sammeln sich in Gebieten, wo es eben noch leistbare Mieten gibt, wo die Wohnqualität dafür schlechter sei, so Sozialwissenschaftler Stöger. Die Unzufriedenheit wächst und damit die Probleme vom Vandalismus bis zur Kriminalität. Jeder erinnert sich noch an die erschreckenden Bilder aus Pariser Vororten.

Es ist wichtig, dass das Fördersystem soweit greift, dass nicht Familien oder Personen gerade herausfallen und damit vergleichsweise sehr hohe Wohnkosten haben; das ist die Ursache für die „neue Armut“.

Eine Dokumentation der Tagung erscheint beim KPÖ Bildungsverein: Tel. 22 59 31.

HUMMELKASERNE

Immer mehr spricht für die KPÖ-Forderung, endlich mehr gemeindeeigenen Wohnraum zu schaffen – etwa am Kasernengrund in der Peter Rosegger Straße. Die Hummel-Kaserne wird ja aufgelassen, das Grundstück wäre ideal für den Bau vieler Gemeindewohnungen.

SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos hat der Stadt geschrieben, dass ihm „soziale Lösungen immer ein persönliches Anliegen sind“. Und die Zeit für Verhandlungen ist jetzt günstig, denn der Verkauf der Kasernengründe verlaufe stockend, so Wohnungsstadträtin Kahr in Richtung des zuständigen SPÖ-Finanzstadtrates Wolfgang Riedler: „Es ist zu hoffen, dass der einstimmige Gemeinderatsbeschluss vom Februar 2006 umgesetzt und der wichtige Kasernengrund gekauft wird.“

Sozialer Wohnbau – notwendiger denn je: Tagung der Grazer KPÖ



Elisabeth Springler

Gabu Heindl

Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108

www.kpoe-graz.at



Wohnungsstadträtin
ELKE KAHR

Helfen statt reden

KPÖ